

Runder Tisch zur Zukunft der Gedenkstätte Neue Bremm

Auf Einladung der Staatskanzlei des Saarlandes sind am heutigen Donnerstag, 26. Februar, Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft zu einem Runden Tisch zur Zukunft des Gedenkortes Neue Bremm und zur weiteren Entwicklung der Erinnerungskultur im Saarland zusammengekommen. Ziel des Treffens war es, einen gemeinsamen Prozess zur inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung der Neuen Bremm zu vereinbaren.

„Die Neue Bremm mahnt uns, Verantwortung zu übernehmen – für ein würdiges Gedenken und eine zeitgemäße Bildungs- und Erinnerungsarbeit“, so der Chef der Staatskanzlei David Lindemann. In der Vergangenheit wurden bereits viele Ideen einer Neugestaltung entwickelt. Es fehle aber an einer zentralen und dauerhaften Struktur. Diese wolle man nun gemeinsam etablieren.

Über die Notwendigkeit einer Aufwertung der Gedenkstätte waren sich die rund zwanzig beteiligten Akteure einig. Neben der historischen Verantwortung spielt auch die schulische Bildungsarbeit eine zentrale Rolle bei der Weiterentwicklung der Gedenkstätte Neue Bremm: Der Landtag hatte im Dezember 2024 beschlossen, dass alle Schülerinnen und Schüler im Saarland im Rahmen des Unterrichts zur NS-Zeit eine Gedenkstätte besuchen sollen. Daher gewinnt die saarländische Gedenkstätte Neue Bremm zusätzlich an Bedeutung für die regionale Erinnerungskultur und Bildungsarbeit.

Bis Ende Juli 2026 sind alle Akteure dazu eingeladen, weitere Vorschläge zur inhaltlichen Aufwertung als auch zur zukünftigen Trägerstruktur zu machen. Die eingehenden Konzepte werden gebündelt und ausgewertet. Dabei fließen auch Ergebnisse aus dem europäischen Interreg-Projekt ECHO'GR ein, an dem die Staatskanzlei als finanzieller Partner beteiligt ist. Auf dieser Grundlage soll ein tragfähiger Konzeptvorschlag erarbeitet werden. Ein zweiter Runder Tisch ist für den Herbst vorgesehen, um die erarbeiteten Vorschläge zu diskutieren und weiter zu konkretisieren.